

Pressemitteilung



Frank Junge
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, den 21. Juni 2017

Verhandlungen Netzentgeltmodernisierungsgesetz

Mit dem Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) sollen die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien gerechter im Bundesgebiet verteilt werden. Zentraler Baustein ist die Vereinheitlichung der Nutzungsentgelte im Übertragungsnetz, die vor allem in Ost- und Norddeutschland die Stromkosten senken würde. Teile der CDU-Fraktion haben die Verhandlungen dazu aber bereits nach den ersten Gesprächen einseitig für beendet erklärt und der SPD im Anschluss Blockade vorgeworfen.

Dazu erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Junge:

„Ein solcher Vorwurf ist einfach absurd! Es war die CDU, die die Verhandlungen bereits nach den ersten Gesprächen einseitig für beendet erklärt hat. Die CDU hat einen Kompromiss vorgeschlagen, der keiner ist. Sie wollen Kostenbestandteile von den Netzentgelten in das EEG schieben. Das ist weder rechtlich möglich noch zielführend. Private Verbraucher würden dadurch zusätzlich belastet und Großunternehmen mehr aus ihrer Verantwortung genommen. Das kann nicht in unserem Interesse sein! Die SPD steht dagegen geschlossen für einheitliche Netzentgelte im ganzen Bundesgebiet. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat sich ebenfalls für einheitliche Netzentgelte ausgesprochen. Scheinbar kann die CDU ihre Reihen in diesem Punkt aber nicht schließen. Die Uneinigkeit wird stattdessen auf dem Rücken der Stromkunden ausgetragen.“